

Geschäftsstelle

Kommission

Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Ad-hoc-Gruppe

Grundlagen und Leitbild

2. Entwurf Leitbild

<p>Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe K-Drs. /AG4-2</p>
--

Entwurf Stand 20. April 2015

BERICHT DER KOMMISSION SICHERE VERWAHRUNG INSBESONDERE HOCH RADIOAKTIVER ABFÄLLE

TEIL A:

3. LEITBILD DER KOMMISSION

3.1. Fünfzehn Grundsätze

1. Leitidee der Kommissionarbeit ist das Ziel der nachhaltigen Entwicklung. Nachhaltigkeit bedeutet, dass sich die Kommission bei ihren Empfehlungen und Vorschlägen zur sicheren Verwahrung radioaktiver Abfallstoffe an den Bedürfnissen und Interessen kommender Generationen orientiert.
2. Auf dieser Grundlage versucht die Kommission, mit einer verständigungs- und konsensorientierten Zukunftsethik unterschiedliche Interessen auf gerechtem Weg zusammenzuführen.
3. Die reflexive Modernisierung ist der Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung erreicht wird. Die entscheidende Rolle fällt dabei dem Wissen über das Wissen und die Berücksichtigung des Nicht-Wissens zu, das andernfalls zu schwerwiegenden, nicht beabsichtigten Nebenfolgen technischer Systeme und sozialer Praktiken führt.
4. Die Kommission versteht ihre Arbeit und die spätere Suche nach einem Standort für die Verwahrung hoch radioaktiver Abfallstoffe als ein lernendes Verfahren. Spätere Verbesserungen und Veränderungen des Suchverfahrens müssen allgemein akzeptiert sein und dürfen nicht als willkürlicher oder unfairer Eingriff empfunden werden.
5. Die Kommission bereitet die Suche nach einem Standort für die Verwahrung radioaktiver Abfälle vor, der nach heutigem Wissensstand größtmögliche Sicherheit gewährleistet. In dem Zielkonflikt zwischen Freiheit und Sicherheit ist ihr Ziel, die Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte auch künftiger Generationen ohne Einschränkung des Schutzes von Mensch und Natur soweit es geht zu bewahren.
6. Wie die überwältigende Mehrheit des Deutschen Bundestages im Beschluss zur Einsetzung der Kommission bekennt auch die sich zu einem unumkehrbaren Atomausstieg. Der Ausstieg hat einen

gesellschaftlichen Großkonflikt entschärft. Das ist eine Verpflichtung, auch bei der Lagerung radioaktiver Abfälle zu einem Konsens zu kommen.

7. Die möglichst sichere Verwahrung radioaktiver Abfälle ist ein kategorischer Imperativ, der unabhängig von der Auseinandersetzung um die Atomenergie gefolgt werden muss. Die Kommission beschreibt dafür in einem ergebnisoffenen Prozess mögliche Pfade, die wissenschaftlich durchdrungen und fundiert sein müssen, größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten vermögen und Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. Grundlage aller Sicherheitsanforderungen ist der Stand von Wissenschaft und Technik.
8. Die Vorschläge der Kommission gehen von vier Grundprinzipien aus: (1) Vorrang der Sicherheit, (2) umfassende Transparenz, (3) ein faires, sozial gerechtes Verfahren sowie (4) Vorrang des Verursacher- und Vorsorgeprinzips.
9. Die Betreiber der Kernkraftwerke und ihre Rechtsnachfolger haften für die Kosten einer dauerhaft sicheren Lagerung.
10. Unabhängig von der Technik oder der geologischen Formation, die für die Verwahrung empfohlen werden, muss eine wirksame Korrektur von Fehlern längerfristig möglich sein. Dabei ist ein Mindestzeitraum für Rückholbarkeit und wirksame Fehlerkorrekturen zu bestimmen.
11. Die Kommission bekräftigt, dass es zu einer nationalen Lagerung für alle im Inland verursachten Atomabfälle kommen muss. Das Prinzip der nationalen Verantwortung ist eine zentrale Grundlage ihrer Empfehlungen.
12. Vor der Festlegung eines Lagerortes und der genauen Lagermethode müssen Regeln, wie das Lagerkonzept, die Sicherheitsauslegung, die Möglichkeiten der Fehlerkorrektur und die grundlegenden Sicherheitsanforderungen genau beschrieben und öffentlich ausführlich debattiert sein.
13. Die Empfehlungen der Kommission haben einen breiten gesellschaftlichen Konsens zum Ziel. Das empfohlene Auswahlverfahren muss eine entsprechende Zustimmung finden. Die Kommission bezieht frühzeitig die Erfahrungen von Regionen ein, in denen in der Vergangenheit Standorte benannt oder ausgewählt wurden. Dem angestrebten Konsens dient auch eine ergebnisoffene Evaluierung des Standortauswahlgesetzes.

14. Im Sinne größtmöglicher Transparenz müssen alle Daten und Informationen der Kommission wie auch der weiteren Entscheidungen zur Verwahrung radioaktiver Abfälle veröffentlicht und für die Öffentlichkeit dauerhaft zugänglich in einer öffentlich-rechtlichen Institution aufbewahrt werden.
15. Die Kommission sieht ihre Arbeit auch als Beitrag zu einem bewussteren Umgang mit komplexen Technologien an, die weitreichenden Fernwirkungen haben. Unbeabsichtigten und unerwünschten Nebenfolgen setzt sie eine Ausweitung und Stärkung der Technikfolgenabschätzung und Technikbewertung entgegen.

Zu weiteren Punkten im Teil A (z. B. 5.6. und 5.7.) sind Beiträge der ad-hoc Arbeitsgruppe Leitbild erforderlich. Sie werden im Laufe des weiteren Arbeitsprozesses vorgelegt und beraten.